

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Bernspruchstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

Nr. 117.

Mittwoch, 24. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Im Gerichtshause hier kommen

Sonnabend, den 27. Mai 1893, Vormittags 10 Uhr,

2 Kleiderchränke, 3 Sophas, 2 Schreibsecretäre, 1 Kommode, 2 Rohrstühle und 2 Tische gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, den 24. Mai 1893.

Der Ger.-Vollz. beim Königl. Amtsgericht.
Secretär Eidam.

Schulgrundstücksverkauf.

Mit behördlicher Genehmigung wird das im Anfange des Monats Juli d. J. außer Gebrauch zu stehende Schulhaus der Schulgemeinde Mergendorf nebst daran liegendem größeren Garten und Vorplatz zum Verkaufe ausgesetzt. Das Grundstück eignet sich besonders für Gewerbetreibende. Verkaufsbedingungen sind auf den Gemeindeämtern in Poppitz und Mergendorf einzusehen. Angebote mit der Aufschrift „Schulhausverkauf betr.“ verschlossen bis zum 15. Juni d. J. an den unterzeichneten Schulvorstand abzugeben.

Mergendorf, am 20. Mai 1893.

Der Schulvorstand daf.
Dac. Burthardt-Riesa, Vors.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 28. Mai, von Vormittags 10 Uhr an sollen meistbietend an Ort und Stelle 20 Stück am Weida-Riesner Wege stehende **Pappeln** versteigert, sowie die **Grasnutzung** an sämtlichen Communicationswegen der **Flur Weida** verpachtet werden.

Weida, den 23. Mai 1893.

Schlag. G.-B.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 28. Mai, Nachmittags 3 Uhr soll im hiesigen Patigischen Gasthose das **Stein-, Sand-, Wasser- und Walzefahren** an die Mindestfordernden vergeben werden.

Weida, den 23. Mai 1893.

Schlag. G.-B.

Anzeigen für das „Riesner Tageblatt“ erbitten uns bis spätestens **Vormittags 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabestages.
Die Geschäftsstelle.

Tagesgeschichte.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „In der Tagespresse werden Mittheilungen verbreitet über die Beschaffung der Deckung für die Ausgaben, welche im Reichshaushalt durch die Annahme der Militärvorlage erwachsen würden. Es soll darnach in der Absicht liegen, auf eine Erhöhung der Verbrauchsteuer und der Verbrauchsabgabe vom Branntwein zu verzichten und statt dessen eine stärkere Belastung des Tabaks oder, wie Andere zu wissen meinen, die Einführung eines Branntweinmonopols vorzuziehen. Daß diese weitere Interessentenkreise beunruhigenden Behauptungen nur auf Kombinationen beruhen und nicht zum geringsten Theil lediglich der Beunruhigung wegen erfunden sind, ergibt sich schon aus dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit. Die aus einstimmigen Beschlüssen des Bundesraths hervorgegangenen Gesetzesentwürfe wegen Erhöhung der Branntweinsteuer und der Stempelabgaben sind im Reichstage und in dessen Kommission zu eingehender Verathung nicht gekommen. Es ist dies bedauerlich, da es hiermit den verbündeten Regierungen auch an einer Gelegenheit gefehlt hat, den größeren Theil der dagegen erhobenen Einwendungen zu entkräften. Daß an der vorgeschlagenen Art der Deckung von Seiten der verbündeten Regierungen nicht starr festgehalten wird, vielmehr die Bereitwilligkeit besteht, auch andere Möglichkeiten zur Beschaffung der erforderlichen Mittel zu erwägen, sofern solche von der Mehrheit des Reichstages vorgezogen würden, ist bei den Verhandlungen von der Vertretung des Bundesraths zu erkennen gegeben. Bis jetzt mangelt es aber, auch abgesehen von der Ungewißheit über die Wehrheitsbildung im nächsten Reichstage, an einigermaßen verlässlichen Anzeichen dafür, daß andere Steuerpläne größeres Entgegenkommen finden würden. Es ist die Pflicht der Reichsfinanzverwaltung, jede ihr gegebene Anregung zu prüfen; bis jetzt aber haben nur diejenigen Projekte, welche auf eine wirksamere Besteuerung des Luxus abzielen, mit einiger Aussicht auf Erfolg näher in Betracht gezogen werden können.“

Deutsches Reich. Se. Majestät der Kaiser richtete an die Gesellschaft „Bulkan“ nachfolgendes Telegramm: „Nachdem Mir gemeldet worden ist, daß die Probefahrten Meiner Yacht „Hohenzollern“ abgeschlossen und das Schiff mit den in jeder Hinsicht tadellos arbeitenden Maschinen die bisher fast unerreichte Höhe von zweiundzwanzig Meilen gelaufen habe, nehme Ich keinen Anstand, dem „Bulkan“ Meine Anerkennung und Meinen Dank für diese hervorragende Leistung auszusprechen. Meine Marine sowohl wie Ich persönlich sind dadurch in den Besitz des augenblicklich schnellsten Schiffes in Europa gekommen. Ein neuer Triumph der altbewährten Leistungen des „Bulkan“ und überhaupt des deutschen Schiffbauwesens.“

Der französische Minister Herbette hat eine Urlaubstreife nach Paris angetreten. Es ist dieselbe durch den bekannten „Fall Baumbach“ veranlaßt worden. Die Pariser Chauvinisten, denen der ruhige, die Interessen des Friedens allzeit wahrnehmende Berliner Botschafter seit Langem ein Dorn im Auge ist, haben aufscheinend diesen Zwischenfall zu dem Versuche benützt, ihn zu beseitigen. Hoffentlich gelingt

es Herbette, wie bereits wiederholt, auch diesmal wieder, die Zettlungen seiner zahlreichen Widersacher zu durchkreuzen und als Sieger aus diesem Intriguenpiel hervorzugehen. Es wäre höchst bedauerlich, wenn dieser Diplomat, der immer bemüht gewesen ist, leidlich gute Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland aufrecht zu erhalten, der Taktlosigkeit eines Deutschen zum Opfer fallen sollte.

Ein gestern in Hannover zusammengetretener von 250 Vertretern besuchter deutsch-sozialer Parteitag nahm nach einem Bericht Dr. Königs und lebhafter Debatte mit allen gegen 7 Stimmen folgende Entschließung an: „Der Parteitag hält an der früher seitens des Partei-Vorstandes abgegebenen Erklärung, daß Ahlwardt nicht Mitglied der deutsch-sozialen Partei sei, fest und lehnt jede Verantwortung für die politische Wirksamkeit des Herrn Ahlwardt ab.“ Am schärfsten sprach Herr v. Riedemann gegen Rektor Ahlwardt, am mildesten Prof. Dr. Förster. Die Annahme der Entschließung erweckte lebhaften Beifall.

Mit der Militärvorlage hängt die Meldung zusammen, es sei von der Militärverwaltung an die Magistrate der schlesischen Städte Herrnsdorf, Sula, Ziegenhals, Tarnowitz, Kattowitz, Rosenbergl, Winzig, Gubrau, Reichenbach, Lublitz, Glas, Neisse, Veohshütz, Neustadt, Dels, Grottkau und Breslau die Anfrage gerichtet worden, ob Garnison genehm oder eine Ausdehnung der vorhandenen möglich sei.

Die zur Reichscasse gelangte wirkliche Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuer hat für den vorigen Monat 44 Millionen betragen. Die Zölle haben 5,8 Millionen weniger als im April des Vorjahres (eine Folge der Handelsverträge), die Zuckersteuer dagegen 1,4 Millionen mehr, desgleichen die Branntweinverbrauchsabgabe 0,6 Millionen mehr ergeben. Auch die Erträge der Börsensteuer haben sich gegen das Vorjahr etwas gehoben.

Zum Schutz gegen eine Einschleppung der Cholera aus Rußland haben die Provinzialsteuer-Directoren der östlichen Grenzprovinzen eine vorläufige Anweisung erlassen, die das Verhalten der Grenzollbeamten für den Fall zu regeln bestimmt ist, daß sie durch eine von dem zuständigen Regierungspräsidenten zu erlassende Bekanntmachung zu Polizeibeamten für die Durchführung der landespolizeilichen Grenzabsperrungs- und Ueberwachungsmahregeln ernannt werden. Die Mitwirkung des Grenzaufsichtspersonales bei der Handhabung der vorgenannten Maßregeln wird sich alsdann darauf zu erstrecken haben, daß dasselbe im Zusammenwirken mit der Grenz-Gendarmerie darüber wacht, daß der Personenverkehr aus Rußland nur an den erlaubten Stellen sich vollzieht und daß an anderen als an diesen Stellen Niemand heimlich die Grenze überschreitet.

Mit Bezug auf die Meldungen über die Erstürmung von Hornkrang in Deutsch-Südwestafrika hatte die „Frankf. Ztg.“ folgende Fragen an die „Nordd. Allg. Ztg.“ gerichtet: „Ist es wahr, daß unter den im Ganzen achtzig Gefallenen sich siebzig Frauen befinden, und ist es wahr, daß in dem amtlichen Verdict über das Geschehene über dieses auffällige Mißverhältniß zwischen getödteten bewaffneten Männern und wehrlosen Frauen ausgedrückt wird?“ — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist in die Lage versetzt, diese beiden Fragen mit „Nein“ zu beantworten.

Der Wahlausruf des Zentrums, welcher soeben erschienen ist, hat folgenden Gedankengang. Bei der Reichstagswahl handelt es sich nicht um das Dasein und die Zukunft des Vaterlandes, sondern um die Umwandlung des Reiches in einen Militärstaat, in ein stehendes Heerlager bereits zu Friedenszeiten. Die Heranziehung des letzten wehrfähigen Mannes bedingt eine bleibende übermäßige Belastung des Nährstandes, die bis zur Erschöpfung geht. Der Widerspruch gegen die Regierungsvorlage und den Antrag Duene wird das Feldzeichen des Zentrums in der Wahlkampf sein. Die Partei sei bereit, alles Erforderliche für ein hartes Landheer und eine ausreichende Seemacht zu bewilligen, freilich unter Berücksichtigung der Steuerkraft des Volkes und des Budgetrechtes des Reichstages. Die Windthorst'schen Resolutionen müßten die Richtschnur bei allen zukünftigen Heresfragen bilden. Der Ausruf kündigt die Wiedereinbringung des Jesuitenantrages an, sowie die Bekämpfung der Bahrlehen des Sozialismus und der „unchristlichen liberalen Gesetzgebung“. Er hebt die Thätigkeit des Zentrums auf sozialem Gebiet und bei der Annahme des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn und Italien hervor und fordert eine Vermehrung der Ausgaben für gemeinnützige Zwecke, die Einführung von Luxussteuern und eine Reform der Finanz- und Steuerwirtschaft im Reiche.

Der ostafrikanische Berichterstatter des „S. T.“ Herr Eugen Wolf, dementirt in einem aus Kampala in Uganda, den 10. Februar Abends, datirten Brief, alle Meldungen über den Tod Emin Paschas.

Man schreibt uns aus Hamburg: Fürst Bismarck wird in diesem Jahre wiederum eine Kur in Rissingen durchmachen. Der Prinz Regent Luitpold von Bayern hat dem Fürsten für die Zeit seines Rissingener Aufenthalts Wagen und Hofdienerschaft aus München zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig weilt der frühere Eisenbahnminister von Nagbach in der fürstlichen Familie in Friedrichsruh.

Oesterreich-Ungarn. Aus Budapest wird vom Pfingstsonntage gemeldet, daß die Enthüllung des Honveddenkmals ohne jeden Zwischenfall programmäßig verlaufen ist. Zahlreiche Deputationen, darunter die des Abgeordnetenhauses unter Führung des Präsidenten Banffy, sowie viele Honveds vom Jahre 1848 nahmen an der Feierlichkeit Theil, zu der auch eine große Zuschauermenge herbeigeströmt war. Unter den vielen an dem Denkmale niedergelegten Kränzen befand sich auch ein solcher des Abgeordnetenhauses. Nach den Festreden wurden begeisterte Oden auf den König ausgebracht. — Beide Parteien werden nun wohl froh sein, daß die Denkmalsangelegenheit endlich und friedlich erledigt worden ist.

Frankreich. Der Kriegsminister hat dem in Verbund garnisonirenden ersten Jägerbataillon den Befehl erteilt, bei der demnächst stattfindenden Ausgrabung der bei St. Privat gefallenen, in St. Ail begrabenen deutschen Soldaten die militärischen Ehren zu leisten. Bei der Ceremonie werden auch die Epigen des sechsten Armee-corps vertreten sein.

Italien. Wegen der Ablehnung des Justizgesetzes ist in Italien, wie zu erwarten war, eine Ministerkrisis eingetreten. Ministerpräsident Giolitti und das Cabinet haben sich in collegialischer Weise mit dem Leiter der Justiz Bonacci verbunden, und Giolitti hat dem König Humbert das Ent-